

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Werner Schulz (Berlin),
Marieluise Beck (Bremen) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/3975 –**

Krise der Bremer Vulkan und Zukunft der maritimen Industrie

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft,
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/4079 –**

Sofortige politische Konsequenzen aus dem Umgang mit Subventionsmitteln beim Bremer Vulkan-Verbund

A. Problem

Zusammenbruch des Bremer Vulkan-Verbundes.

B. Lösung

Erledigterklärung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN – Drucksache 13/3975 –.

Einvernehmlichkeit im Ausschuß

Ablehnung des Antrags der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/4079 –.

Mehrheitsbeschluß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3975 – für erledigt zu erklären und
- b) den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/4079 – abzulehnen.

Bonn, den 8. Mai 1996

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost

Vorsitzender

Werner Schulz (Berlin)

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Werner Schulz (Berlin)

I.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Antrag der Gruppe der PDS wurden am 14. März 1996 in der 95. Sitzung des Deutschen Bundestages zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Verkehr und den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Anträge in seiner 52. Sitzung vom 8. Mai 1996 beraten. Er empfiehlt

- mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen und
- mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Gruppe der PDS abzulehnen.

Der Ausschuß für Verkehr hat die Anträge in seiner 30. Sitzung am 8. Mai 1996 beraten.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen eine Stimme der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag der Gruppe der PDS abzulehnen.

Er empfiehlt weiter, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für erledigt zu erklären.

Der Haushaltsausschuß hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 17. April 1996 beraten. Er empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, die Vorlage abzulehnen.

Den Antrag der Gruppe der PDS hat der Haushaltsausschuß am 8. Mai 1996 beraten. Er empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der Gruppe der PDS, die Vorlage abzulehnen.

II.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Anträge in seiner 32. Sitzung vom 8. Mai 1996 beraten. Im Vorfeld hatte er sich mehrfach, zuletzt am 17. April 1996, mit der Lage und den Perspektiven der Werften an der Unterweser und in Mecklenburg-Vorpommern befaßt. Als Beratungsgrundlage lagen dem Ausschuß

mehrere Berichte des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums der Finanzen und eine Stellungnahme der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben vor.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN regte an, ihren Antrag für erledigt zu erklären.

Die Gruppe der PDS legte dar, daß sie ihren Antrag aufrechterhalte, um dem Deutschen Bundestag Gelegenheit zu geben, eine politische Stellungnahme abzugeben und die Bundesregierung bei den derzeit geführten Verhandlungen unterstützen zu können. So könne etwa der Vergleich für eines der betroffenen Unternehmen noch nicht ausgeschlossen werden, dies hänge vom Ausgang eines Hauptprüfungsverfahrens durch die Europäische Kommission ab. Des weiteren müßten Beihilfen für noch nicht begonnene Aufträge der ehemaligen Bremer Vulkan-Werften in Brüssel einzeln notifiziert werden. Darüber hinaus stelle sich die Weiterfinanzierung der Rekonstruktion der Ost-Werften unter dem Gesichtspunkt des EG-Beihilferechts problematisch dar. Die Gruppe der PDS übermittelte der Bundesregierung in Schriftform eine Reihe weiterer Fragen und bat um deren umgehende Beantwortung.

Die Fraktion der CDU/CSU machte auf die günstigen Perspektiven der Werftindustrie in den kommenden Jahren aufmerksam. Das Interesse, die bestehenden Werftkapazitäten zu erhalten, liege auf der Hand. Die Krise um den Bremer Vulkan-Verbund müsse auch weiterhin parlamentarisch begleitet werden.

Sie begrüßte, daß die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zurückgezogen habe, da es nicht angehe, neue Dauersubventionen zu schaffen. Gleichwohl enthalte der Antrag eine Reihe zustimmungsfähiger Punkte.

Der Antrag der Gruppe der PDS sei abzulehnen. Die dort vorgetragene Kritik sei unsachlich und unrichtig. Die bisher von der Bundesregierung gegebenen Informationen hätten dazu beigetragen, daß der Antrag in weiten Teilen obsolet sei.

Von Bedeutung sei, daß die Werftenstandorte in Ostdeutschland in Zukunft gesichert würden.

Die Fraktion der SPD führte aus, daß der Antrag der Gruppe der PDS in einigen Teilen überholt sei und in anderen Teilen falsche Hoffnungen wecke. Sie bat darum, sich im Rahmen der nächsten Ausschusssitzung mit der weiteren Entwicklung der Werften zu befassen.

Der Ausschuß beschloß einvernehmlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/3975 – für erledigt zu erklären.

Er beschloß weiter, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/4079 – abzulehnen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der F.D.P. und gegen die Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS gefaßt.

Bonn, den 8. Mai 1996

Werner Schulz (Berlin)

Berichterstatter